



focus 5/09
September

Die TAK – ein zentraler Partner für die Agglomerationspolitik

Anfangs 2001 haben Bund, Kantone, Städte und Gemeinden die Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) gegründet. Die TAK hat seither keine Schlagzeilen geschrieben. Sie wirkt vielmehr im Hintergrund und mit einem langfristigen Horizont. Ihr Wirken und ihre Leistungen sind deshalb wenig bekannt. Trotzdem hat sie sich zu einem Organ entwickelt, das aus der Agglomerationspolitik nicht mehr wegzudenken ist. Hauptverdienst der TAK ist sicher, dass sich in den letzten Jahren eine tripartite Gesprächskultur entwickeln konnte: Die Partner können ihre Anliegen in einem offenen und konstruktiven Klima zur Sprache bringen. Dies ist natürlich namentlich für die Städte und Gemeinden von Bedeutung, die bisher nur über sehr eingeschränkte Kanäle zur Bundespolitik verfügten. Aber auch dem Bund und den Kantonen hilft es, deren besondere Herausforderungen besser zu verstehen.

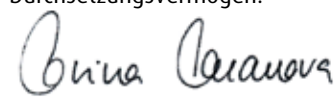
Die TAK hat darüber hinaus wichtige Grundlagen für die Weiterentwicklung der Agglomerationspolitik erarbeitet. Sie nutzt dabei ihren Vorteil, dass sie die Kompetenzen aller drei Staatsebenen in sich vereinigt. So hat sie beispielsweise Empfehlungen zur Zusammenarbeit in Agglomerationen verabschiedet – jede Staatsebene für sich alleine genommen hätte dazu keine Legitimation gehabt. Auch in weiteren Themen konnte sie Impulse für die politische und fachliche Diskussion geben: Wie kann die Agglomerationspolitik über die Themen Verkehr und

Siedlung hinaus weiterentwickelt werden? Wie kann das Zusammenspiel zwischen der Agglomerationspolitik und der Politik des ländlichen Raums verbessert werden?



Bei allen sichtbaren und weniger sichtbaren Erfolgen der TAK dürfen die Grenzen dieser Zusammenarbeit nicht übersehen werden. Der tripartite Ansatz ist noch längst keine Selbstverständlichkeit. Ihre Wirkung ist zudem abhängig vom Willen der Partner, die Empfehlungen tatsächlich umzusetzen. Sie ist deshalb darauf angewiesen, die Akzeptanz ihrer Tätigkeiten stets neu zu erarbeiten.

Für den Bund hat sich die TAK als zentraler Partner für die Agglomerationspolitik erwiesen. Er kann seine Aktivitäten frühzeitig mit den kantonalen und kommunalen Partnern abstimmen. Umgekehrt können die Kantone, Städte und Gemeinden wichtige Impulse für die Weiterentwicklung der Bundespolitik zugunsten der Agglomerationen geben. Dies wird nächstes Jahr von besonderer Bedeutung sein: Der Bund wird seine bisherige Agglomerationspolitik einer sorgfältigen Evaluation unterziehen und die Weichen für deren zukünftige Ausrichtung stellen. In diesem Sinn wünsche ich der TAK weiterhin viel Erfolg und Durchsetzungsvermögen.


Bundeskanzlerin Corina Casanova

Liebe Leserin, lieber Leser

TAK - hinter der vielen nicht geläufigen Abkürzung versteckt sich die Tripartite Agglomerationskonferenz, das einzige Gremium, in dem die Städte und Gemeinden mit den Kantonen und dem Bund gleichberechtigt zusammenarbeiten.

In den gut acht Jahren ihres Bestehens trug die TAK viel zum besseren Verständnis zwischen den Staatsebenen bei und vermochte wichtige Impulse zu setzen. Die TAK verdient es, weiterentwickelt zu werden zu einem Kompetenzzentrum für alle Agglomerationsfragen – im Interesse der ganzen Schweiz.

Ihre focus-Redaktion



Inhalt

Die TAK – ein zentraler Partner der Agglomerationspolitik	1
«Die tripartite Zusammenarbeit: real und unverzichtbar»	2
Die TAK: Ein Überblick	3
Sessionsvorschau, Vernehmlassungen, Abstimmungsparole	4
Städtetag, Kennzahlen Sozialhilfe	5
Agenda	6

«Die tripartite Zusammenarbeit: real und unverzichtbar»

Dr. Marcel Guignard, Stadtmann von Aarau, Präsident des Schweizerischen Städteverbandes



Am Städtetag in Luzern haben Sie ein «urbanes Mainstreaming» gefordert. Was meinen Sie damit?

Mit der Forderung nach einem «urbanen Mainstreaming» ist gemeint, dass in der Bundespolitik jede Regelung, jedes Gesetz und jede Verordnung auf ihre Auswirkungen auf die Städte und städtischen Gemeinden hin hinterfragt wird. Damit die Städte ihre Rolle als Motoren der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in Zukunft noch vermehrt spielen können, braucht es einen konsequenteren Einbezug der Städte und ihrer Erfahrungen in die Bundespolitik.

Zudem muss dieses «urbane Mainstreaming» dazu führen, dass die Agglomerationspolitik noch viel mehr als bisher zur Querschnittspolitik wird, die auf andere Politikbereiche Einfluss nimmt.

Vor bald 10 Jahren wurde der Gemeinde- und Agglomerationsartikel in die Bundesverfassung aufgenommen. Welche Bilanz ziehen Sie?

Die Einführung dieses Artikels stellt bereits einen Erfolg dar, weil damit der Bund die Bedeutung der Städte und Gemeinden erstmals anerkennt. Aber «Rücksicht nehmen auf die besondere Situation der Städte und Agglomerationen», wie es der Artikel 50 formuliert, reicht nicht aus.

Wir müssen weiter gehen, ja ich bin überzeugt, dass sich der Bund eigentlich nicht

leisten kann, auf die Kompetenzen, das Know-how und die Erfahrungen der Städte zu verzichten.

Stellen Sie auch positive Entwicklungen fest?

Ja, wir stellen fest, dass die Bedeutung der Städte zunehmend anerkannt wird. Fast drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben ja in städtischen Gebieten, in denen zudem 84% der Wirtschaftsleistung erarbeitet wird. In verschiedenen Sachfragen – Schaffung Infrastrukturfonds, parlamentarischer Auftrag zur gesetzlichen Verankerung der Agglomerationspolitik, dynamische Entwicklung in den Agglomerationen dank den Agglomerationsprogrammen und den Modellvorhaben des Bundes – wird diesen Realitäten Rechnung getragen.

Wo sehen Sie noch Handlungsbedarf?

An den meisten Orten! Grossen Handlungsbedarf sehe ich bei der Tripartiten Agglomerationskonferenz TAK. Gegründet 2001 und getragen vom Bundesrat, der Konferenz der Kantonsregierungen KdK sowie dem Schweizerischen Gemeindeverband und dem Schweizerischen Städteverband, hat die TAK bereits viel zum gegenseitigen Verständnis der Staatsebenen beigetragen. Sie vermochte in verschiedenen Themen – Integrations- und Sozialpolitik, Jugend und Gewalt oder auch was die Agglomerationspolitik zur Wettbe-

weberfähigkeit der Schweiz beiträgt – wichtige Impulse zu geben.

Dies reicht aber nicht aus. Die TAK, die weiterhin Projektstatus hat, soll institutionalisiert werden. Wir sollten ihr die Kompetenz erteilen, verbindliche Beschlüsse zu fassen, und so auch ausdrücken, dass sie eigentlich längst unverzichtbar geworden ist.

In welchen Bereichen müsste die TAK tätig sein?

Zunächst einmal muss die TAK bei allen Fragen, die funktionale Räume betreffen, zum Zuge kommen. Also bei allen Fragen, die grenzüberschreitend gelöst werden müssen. Und das sind in den Agglomerationen fast alle. Sodann sollte sich die TAK auch mit dem ganzen Themenkomplex der Aufgabenverteilung und Finanzierungsverantwortung im Dreieck zwischen Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden befassen. Der neue Finanzausgleich NFA ist ein erster Schritt dazu, muss aber überprüft und angepasst werden.

Zum Schluss die Frage, die wir allen Interviewpartnern stellen: Wo sehen Sie die Stadt Aarau in 20 Jahren?

In 20 Jahren wird Aarau im Dreieck Zürich, Bern, Basel seine Position als strahlendes urbanes Zentrum für rund 100'000 Menschen weiter gefestigt haben. Etwelche Nachbargemeinden werden sich mit der Kernstadt verbunden haben und deren Bevölkerung wird mit dazu beitragen, dass eine diversifizierte Wirtschaft, ein lebendiges Kulturleben und attraktive Freizeitanlagen das Arbeiten und Wohnen in der Kantonshauptstadt des viertgrössten Kantons zu einem Privileg machen.

Dr. Marcel Guignard, Präsident des Städteverbandes und Stadtmann von Aarau

Geboren 1949, ist Dr. Marcel Guignard seit 1988 Stadtmann und zugleich Finanzdirektor von Aarau.

Zuvor war Guignard Leiter der Justizabteilung des Departements des Inneren des Kantons Aargau und vertritt seit 1993 die FDP im Kantonsparlament. Er ist Präsident des Schweizerischen Städteverbandes.

Die Tripartite Agglomerationskonferenz TAK: Ein Überblick

Barbara Santschi-Hutzli, Schweizerischer Städteverband

Die Tripartite Agglomerationskonferenz TAK institutionalisiert den Dialog zwischen den drei Staatsebenen. Die TAK wurde 2001 gegründet und ist die politische Plattform von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden für eine gemeinsame Agglomerationspolitik.

In der breiten Öffentlichkeit noch wenig bekannt, ist die Tripartite Agglomerationskonferenz TAK mit einer Folge von Artikel 50 der neuen Bundesverfassung, der erstmals die Gemeinden, Städte und Agglomerationen auf Bundesebene anerkennt. Die TAK wird getragen vom Bundesrat, der Konferenz der Kantonsregierungen KdK sowie dem Schweizerischen Gemeindeverband und dem Schweizerischen Städteverband.

Die TAK will die Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden fördern, eine gemeinsame Agglomerationspolitik entwickeln und so den sich in den Agglomerationen stellenden Herausforderungen begegnen. Was heisst das konkret? Ein Überblick über die laufenden Projekte:

Agglomerationspolitik und internationale Wettbewerbsfähigkeit

Aufgrund ihrer Bedeutung als Lebens- und Wirtschaftsräume sind starke Agglomerationen ein Schlüsselfaktor für die Zukunft der Schweiz. Aber wie können die wirtschaftlichen Schlüsselräume ihr Standortpotential noch besser nutzen – vor allem im Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit? Das Projekt, das die TAK 2008 zu dieser Frage lancierte, sammelt derzeit Erkenntnisse in regionalen Ateliers. 2010 will die TAK konkrete Handlungsempfehlungen verabschieden.

Gesetzgeberischer Handlungsbedarf?

Die Weiterentwicklung der Agglomerationspolitik ist auf klare Rechtsgrundlagen angewiesen. Die TAK beschloss deshalb 2008, den gesetzgeberischen Handlungsbedarf auf den verschiedenen staatlichen Ebenen in einem Gutachten abklären zu lassen. Über die Ist-Analyse besteht innerhalb der TAK Einig-

keit. Derzeit wird ein Umsetzungsprogramm erarbeitet, das auch Antworten auf institutionelle Herausforderungen, wie bspw. Struktur-reformen oder Fusionsfragen enthalten soll.

Finanzierungs- und Lastenausgleichsfragen

Auch in Zukunft braucht die Agglomerationspolitik eine ausreichende Finanzierung. Die Mechanismen des Finanz- und Lastenausgleichs müssen inner- und interkantonal überprüft und weiterentwickelt werden. So die zwei Stossrichtungen in diesem Themenbereich. Für den Finanz- und Lastenausgleich innerhalb der Agglomerationen will die TAK eine praxisorientierte Analyse durchführen.



«Die Tripartite Agglomerationskonferenz ist der einzige Ort in der Bundespolitik, an dem Bund, Kantone sowie Städte und Gemeinden auf Augenhöhe miteinander diskutieren. Um die

Herausforderungen zu lösen, die sich insbesondere in den Agglomerationen stellen, ist dieses tripartite Gremium unverzichtbar.»

Dr. Guy Morin, Regierungspräsident des Kantons Basel Stadt und Präsident der Tripartiten Agglomerationskonferenz TAK

Jugend und Gewalt

Der Bundesrat kommt im kürzlich vorgestellten Bericht «Jugend und Gewalt» zum Schluss, dass er die Gewaltprävention im Rahmen seiner Kompetenzen stärken will. Die Umsetzung eines gesamtschweizerischen Programms mit u.a. Präventionsmassnahmen verlangt die intensive Zusammenarbeit aller staatlichen Ebenen. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe, in der auch der Städteverband vertreten ist, entwickelt deshalb ein Detail-

konzept, über das der Bundesrat im Frühjahr 2010 entscheiden soll.

Weiterentwicklung der Integrationspolitik

2008 beschloss die TAK ferner, eine breite politische und gesellschaftliche Debatte über die Weiterentwicklung der Integrationspolitik und Integrationsförderung zu lancieren. Auch hier ist der tripartite Ansatz – die Zusammenarbeit aller staatlichen Ebenen – entscheidend. Unter Einbezug der Zivilgesellschaft und der Migrationsorganisationen werden derzeit in Hearings in verschiedenen Regionen Empfehlungen zu gemeinsamen Integrationszielen, Grundprinzipien und Grundsätzen erarbeitet.

Agglomerationspolitik und Politik des ländlichen Raums

Die Verflechtungen zwischen «urbanen» und «ländlichen» Räumen sind in den letzten Jahren stärker und vielfältiger geworden. Deshalb beschloss die TAK Ende 2006, die Beziehungen zwischen Agglomerationspolitik und der Politik des ländlichen Raumes zu analysieren. Die untersuchten Fallbeispiele zeigen, dass sich urbane und ländliche Räume ergänzen und die Politik die Stadt-Land-Beziehungen bewusst fördern soll. Selbstredend unterstützt der Städteverband dieses Anliegen, betont aber zugleich, dass die berechtigten Anliegen der Städte und Agglomerationen nicht zurückgestellt werden dürfen.

Metropolitanräume

Eng verknüpft mit der Frage der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sind die Entwicklungen in den Metropolitanräumen. Hier stellen sich Fragen nach der horizontalen wie auch vertikalen Kooperation, nach der Stärkung der Gouvernanz oder nach der Notwendigkeit institutioneller Reformen innerhalb der Metropolitanräume. Mit diesen Fragen wird sich die TAK auch im Zusammenhang mit dem Raumkonzept Schweiz auseinandersetzen.

Ausblick auf die Herbstsession

Kostendämpfende Massnahmen in der Krankenversicherung, die Familienbesteuerung, die Strukturreform bei der beruflichen Vorsorge sowie das dritte Konjunkturpaket gehören zu den grossen Brocken der Herbstsession.

Alkoholwerbeverbot beibehalten

Bei verschiedenen für die Städte bedeutsamen Vorlagen wird noch um Details gerungen. So beim Kulturförderungs- und Pro-Helvetia-Gesetz oder dem MEDIA-Abkommen mit der EU. Bei diesem lehnt der Städteverband eine Aufhebung des Alkoholwerbverbots am Fernsehen aus Präventionsüberlegungen ab. Ebenfalls in der Differenzbereinigung befindet sich der Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Lebendiges Wasser», dem auch die Städte positiv gegenüber stehen.

Revision Fernmeldegesetz

Die im Nationalrat traktandierende Motion von Ständerätin Forster hat zum Ziel, dass die ComCom von sich aus tätig werden kann, wenn sie Anhaltspunkte für einen nicht rechtskonformen Netzzugang feststellt. Das Anliegen verdient Unterstützung, nicht zuletzt im Hinblick auf die sich im Aufbau befindlichen Glasfasernetze.

Energieeffizienz durch Steueranreize fördern!

Ein Dauerthema bleibt die Energiepolitik. Der Ständerat entscheidet über eine Motion, die über steuerliche Anreize Gebäudesanierungen fördern will. In der Sommersession stimmte der Nationalrat diesem Anliegen, dem der Städteverband positiv gegenüber steht, bereits zu.



Mikroverunreinigungen im Abwasser

In der Antwort auf die Interpellation Héche legt der Bundesrat dar, dass die Ausrüstung der grösseren kommunalen Abwasserreinigungsanlagen zur Elimination von Mikroverunreinigungen Kosten von über 1,2 Mia. Franken auslöst, die Betriebskosten markant steigert und den Energieverbrauch stark erhöht. Der Städteverband verlangt zunächst vertiefte Kosten-/Nutzenabklärungen. Ebenso ist zwingend eine Gesetzesgrundlage zu schaffen, welche den Bund zur Mitfinanzierung verpflichtet.

Volksabstimmung vom 29. November 2009: Nein zur Minarett-Initiative

Minarette in der Schweiz sind ein vornehmlich städtisches Phänomen und haben, soweit bekannt, bisher zu keinen nennenswerten Problemen geführt. Die Volksinitiative, die den Bau von Minaretten in der Schweiz verbieten will, ist nicht nur unnötig, sondern widerspricht auch international garantierten Menschenrechten sowie zahlreichen in der Bundesverfassung garantierten Grundwerten (u.a. Prinzip der Rechtsgleichheit sowie der Glaubens- und Gewissensfreiheit). Zudem riskiert die Initiative den religiösen Frieden zu gefährden und widerspricht integrationspolitischen Interessen. Und schliesslich greift sie in kommunale und kantonale Bewilligungskompetenzen ein.

Aus diesen Gründen hat der Städteverband die Nein-Parole zur Minarett-Initiative gefasst.

Städte reden bei der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes mit

Nach der kontroversen Vernehmlassung über das neue Raumentwicklungsgesetz entschied Bundesrat Moritz Leuenberger, vorweg mit einer Teilrevision des bestehenden Gesetzes ausschliesslich Antworten auf die Landschaftsinitiative zu suchen.

Nach beharrlichem Insistieren ist es gelungen, dass auch der Städteverband direkt in diese derzeit laufenden Arbeiten integriert wird.

Vernehmlassungen

Einfachere Struktur bei der IKGEO

Der Städteverband begrüsst die Bestrebungen zu einer interkantonalen Koordination im Bereich Geoinformation (IKGEO) ausdrücklich, denn nur so kann die Nationale Geodateninfrastruktur gewinnbringend weiter entwickelt werden.

Allerdings lässt das Konzept namentlich in organisatorischer und finanzieller Hinsicht noch einige Fragen offen. Der Städteverband regt deshalb eine vereinfachte Organisationsstruktur an. In diese ist auch die kommunale Ebene angemessen zu integrieren, verfügen

doch Städte und Gemeinden in diesem Bereich über fundierte Kompetenzen.

Wohneigentumsförderung auch mit absoluter Besteuerungsmethode möglich

Bei einem beruflich bedingten Ersatzkauf von Wohneigentum soll bei der Besteuerung des Grundstücksgewinns auch in Zukunft die absolute Methode zur Anwendung kommen. Der Städteverband lehnt die Parlamentarische Initiative Hegetschweiler ab, die den Übergang zu einer relativen Methode fordert. Diese wäre nicht nur deutlich

komplizierter in der Anwendung, sondern würde auch zu Steuerausfällen führen. Für die Städte erfüllt auch die absolute Methode den Verfassungsauftrag zur Wohneigentumsförderung.

Zweitwohnungs-Planungshilfe

Die vom Bundesamt für Raumentwicklung erarbeitete Planungshilfe für die kantonale Richtplanung im Bereich Zweitwohnungen stösst bei den Städten auf Zustimmung. Die Zweitwohnungsproblematik betrifft die Städte ebenso wie Tourismusorte.

Der Städtetag 2009 im Zeichen des öffentlichen Raumes

Rund 240 Delegierte und Gäste aus der ganzen Schweiz, aus Deutschland und Österreich trafen sich am 27. und 28. August zum Städtetag in Luzern.

An der Jahresmedienkonferenz forderten Präsident und Direktorin des Städteverbandes einen stärkeren und konsequenteren Einbezug der Städte in die Bundespolitik. Dr. Marcel Guignard, Präsident des Städteverbandes, forderte ein eigentliches «urbanes» Mainstreaming. Damit ist gemeint, dass jede Regelung, jedes Gesetz und jede Verordnung auf ihre Auswirkungen auf die Städte und städtischen Gemeinden hin hinterfragt wird.

Die anschliessende Generalversammlung bekräftigte diesen Anspruch auf mehr Mitsprache in der Bundespolitik, indem die Delegierten einer Erhöhung der Mitgliederbeiträge zustimmten. Damit soll der Verband in die Lage versetzt werden, schlagkräftiger zu agieren und die Positionen der Städte und städtischen Gemeinden wirkungsvoller einzubringen.

Konflikte im öffentlichen Raum als Chance

Die Tagung am Nachmittag stand unter dem Thema «Wem gehört der öffentliche Raum?» Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf konstatierte, dass der öffentliche Raum allen gehöre, sich aber niemand dafür verantwortlich fühle. Bei Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum seien die Städte in der Lage, diese selbst zu lösen, so die Justizministerin weiter.

Die Raumplanerin und Professorin Barbara Zibell zeigte, dass die Idealvorstellung – der öffentliche Raum ist für alle und alles da – nie der Realität entsprach. Im Umgang mit den verschiedenen Ansprüchen brauche es eine Kultur des Konfliktmanagements. Dafür seien die Schweizer Städte mit ihren direktdemokratischen Instrumenten gut gerüstet, so Zibell.

Die Referate sowie die Kurzfilme, die exemplarisch Szenen im öffentlichen Raum zeigen und extra für den Städtetag erarbeitet wurde, sind abrufbar unter:

www.staedteverband.ch



Zwei neue Sektionen für den Städteverband

Der Städteverband wächst und erweitert seine Kompetenzen. An der August-Sitzung stimmte der Vorstand den Anträgen der Städtekonferenz Kultur und der Städteinitiative Bildung Volksschule zu, Sektionen des Städteverbandes zu werden.

Die Städtekonferenz Kultur existiert unter dem Namen Konferenz der Schweizer Städte für Kulturfragen seit 1984 und umfasst zurzeit 17 Städte. Die Städteinitiative Bildung Volksschule existiert seit 2005 und hat 25 Mitgliedstädte.

Unter der Voraussetzung, dass die beiden Organisationen ihren Beitrittsentscheid bestätigen, wird der Städteverband ab dem kommenden Jahr über vier Sektionen verfügen. Die Städteinitiative Sozialpolitik und die Konferenz Städtischer Polizeidirektorinnen und Polizeidirektoren (KSPD) sind bereits Sektionen des Städteverbandes.

Kennzahlenvergleich zur Sozialhilfe in Schweizer Städten

Bereits zum zehnten Mal veröffentlichten die Städte Basel, Bern, Luzern, St. Gallen, Schaffhausen, Uster, Winterthur und Zürich Anfang Juli ihren Kennzahlenvergleich zur Sozialhilfe. Eine gute Nachricht – sinkende Fallzahlen für 2008 gegenüber dem Vorjahr – ist gemäss jüngsten Entwicklungen in mehreren Städten bereits überholt. Aber schon 2008 war die Rückkehr in den Arbeitsmarkt schwierig. Je nach Stadt benötigt ein Drittel bis knapp die Hälfte aller Sozialhilfebeziehenden die Existenzsicherung drei Jahre und länger.

Besorgniserregend ist die nach wie vor überdurchschnittlich hohe Sozialhilfequote von Kindern und Jugendlichen. Eine Entspannung zeichnete sich hingegen bei jungen Erwachsenen ab: Die Städte fördern mit diversen Programmen die Arbeitsintegration speziell dieser Altersgruppe, was offenbar Wirkung zeigt.

Informationen: www.staedteinitiative.ch

Kurzmeldungen

Schweizerisch-tschechische Städtepartnerschaften

Der Schweizer Erweiterungsbeitrag an die neuen EU-Mitgliedstaaten unterstützt Projekte im Rahmen von schweizerisch-tschechischen Partnerschaften, die in Tschechien eine konkrete Herausforderung lösen.

Der Beitrag liegt zwischen CHF 10'000 und 250'000. Projekteingaben sind ab sofort über den tschechischen Partner möglich. Ähnliche Fonds folgen später auch für Polen, Ungarn, die Slowakei und Slowenien.

Informationen:

www.erweiterungsbeitrag.admin.ch

Tagung zum Thema: Dividiert der Wettbewerb die Schweiz auseinander?

Oder: Die Planung in funktionalen Räumen als Schlüssel zur Standortgunst von Stadt und Land? Gemeinsam mit equiterre und der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) führt der Städteverband eine Tagung rund um die aktuellen Spannungsfelder von Raumentwicklung und Standortwettbewerb durch. Sie findet am 21. September 2009 in Freiburg statt.

Information: www.sab.ch

SBB behält das Alkoholverkaufsverbot in den Bahnhöfen nach 22 Uhr bei

Erfolg für den Städteverband: Nach Auskunft der SBB hat sich das im vergangenen Jahr in den Bahnhöfen eingeführte Alkoholverkaufsverbot nach 22 Uhr bewährt und wird weitergeführt.

In den meisten von der Einschränkung betroffenen Bahnhöfen habe sich die Situation spürbar verbessert: Die Aggressionen gegenüber Kundinnen und Kunden, aber auch gegenüber dem Personal seien zurückgegangen. Zudem habe die Ordnung und Sauberkeit am Abend merklich verbessert werden können, so die SBB weiter.

Auf Initiative von Yverdon-les-Bains führte der Städteverband im Frühjahr 2008 eine Umfrage bei seinen Mitgliedern durch und machte sich daraufhin bei den SBB für ein derartiges Alkoholverkaufsverbot stark.

Agenda

Schweizerischer Städteverband

- 21. September 2009** **Dividiert der Wettbewerb die Schweiz auseinander?** in Freiburg
Weitere Auskünfte: Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB), Telefon 031 382 10 10
- 26./27. August 2010** **Städtetag 2010** in Zürich – **zum Vormerken!**
Weitere Auskünfte: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

Kommunale Infrastruktur

- 27. Oktober 2009** **Fachtagung: Energiepolitik in der Gemeinde - Handlungsspielraum nutzen!** in Olten
Weitere Auskünfte: Stephanie Glutz, Telefon 031 356 32 32, info@kommunale-infrastruktur.ch

Städteinitiative Sozialpolitik

- 13. November 2009** **Konferenz der Städteinitiative Sozialpolitik** in Winterthur
Weitere Auskünfte: Städteinitiative Sozialpolitik, Telefon 041 208 81 32, info@staedteinitiative.ch

Konferenz Städtischer Polizeidirektoren und -direktorinnen

- 22./23. April 2010** **Generalversammlung** in Chur
Weitere Auskünfte: Andrea Bucher, Telefon 044 411 70 26, andrea.bucher@zuerich.ch

Schweizerische Konferenz der Stadt- und Gemeindeschreiber SKSG

- 6. November 2009** **«Politiknähe der Stadt- und Gemeindeschreiber/innen – Faszination oder Fluch?»** in Bern
Weitere Auskünfte: Urs Müller, Telefon 044 832 62 40, urs.mueller@wallisellen.zh.ch

Weitere Organisationen

- 16. Oktober 2009** **10. asut Kolloquium zum Thema Fibre to the home (FTTH)** in Bern
Weitere Auskünfte: Dominik Müller, Telefon 031 560 66 66, www.asut.ch (Patronat Städteverband)
- 20./21. Oktober 2009** **Bieler Kommunikationstage** in Biel
Weitere Auskünfte: www.comdays.ch, Telefon 032 327 57 90
- 25. Oktober 2009** **Fachtagung und Verleihung des Preises «Freiwillige Gemeinde» / «Freiwillige Stadt»** in Olten
Weitere Auskünfte: Therese Hänni, verband@chgemeinden.ch, Telefon 031 858 31 16
- 17. November 2009** **eGovernment-Symposium 2009 «ePartizipation und Innovation durch eGovernment»** in Bern
Weitere Auskünfte: www.egovernment-symposium.ch
- 17./18. November 2009** **Der Stand der Dinge: Planen und Bauen für die 2000-Watt-Gesellschaft** in Rüschlikon
Weitere Auskünfte: Peter Ess, peter.ess@zuerich.ch (Partner: Städteverband)

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband (SSV), Florastrasse 13, 3000 Bern 6
Redaktion: Renate Amstutz, Christina Grab, Martin Tschirren. Übersetzungen: Ariane Gigon. Bildnachweis: Rolf Siegenthaler, Diverse
Telefon 031 356 32 32, Telefax: 031 356 32 33, www.staedteverband.ch
Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch